

Am Ball bleiben

Geflüchtete und Unterstützer_innen brauchen mehr denn je unsere Hilfe – Interview mit Franz Forsmann vom Flüchtlingsrat e.V. Hamburg

hlz: Das Beratungsstellen-Projekt des Flüchtlingsrats Hamburg hat sich mit der Bitte u.a. um finanzielle Unterstützung an die GEW gewandt. Hat sich eure finanzielle Situation verändert, so dass ihr auf unserer Hilfe hoffen müsst?

Franz: Im Jahr 2015/2016, als die Grenzen der Bundesrepublik zumindest eine Zeitlang für Flüchtlinge geöffnet wurden, gab es eine sehr breite Solidarität in der Bevölkerung mit den Menschen, die zu uns kamen. Es gab zahlreiche Unterstützungs- und Hilfsangebote für die geflüchteten Menschen, aber es wurde auch schnell klar, dass viele Unterstützer_innen gerade bei rechtlichen Fragen, die immer wieder von den Flüchtlingen gestellt wurden, überfordert waren und Hilfe brauchten. Der Flüchtlingsrat Hamburg e.V. hat

sich deshalb dazu entschlossen, Menschen, die in unabhängigen Beratungs- und Unterstützungsstrukturen mit Flüchtlingen arbeiten, zum einen in ihrer konkreten Arbeit durch Rechtsanwält_innen zu unterstützen und zum anderen, öffentliche Fortbildungen und Informationsveranstaltungen zu relevanten Themen der Flüchtlingspolitik anzubieten. Da das aus Eigenmitteln des Flüchtlingsrats Hamburg nicht zu finanzieren war, haben wir uns 2015 entschlossen, zur Finanzierung dieses Projektes, das wir kurz Beratungsstellenprojekt genannt haben, einen Antrag an „Aktion Mensch“ zu stellen. Dieser wurde aber, wie auch Anträge anderer Flüchtlingsräte zu verschiedenen weiteren Projekten, nach langem Hin und Her Anfang 2016 abgelehnt. Begründet wurde das formal damit, dass „Aktion Mensch“ nur

lokale Projekte fördern könne, Flüchtlingsräte aber landesweit arbeiten würden. Wir als Flüchtlingsrat Hamburg vermuten allerdings, dass die Ablehnung eher politisch motiviert war.

In dieser Situation haben wir uns dann an Pro Asyl e.V. und die UNO Flüchtlingshilfe gewandt, die sich bereit erklärt haben, für eine begrenzte Zeit von drei Jahren einen wesentlichen Teil der Projektmittel zu finanzieren. Als weitere Förderer für das Projekt konnten die Stiftung *do* Hamburg, die dm Drogeriemarktkette und 2017 das Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR) gewonnen werden.

Im April 2019 ist nun die auf 3 Jahre begrenzte Förderung durch Pro Asyl und die UNO-Flüchtlingshilfe ausgelaufen. Das Projekt war in den vergangenen drei Jahren sehr erfolgreich und hat wesentlich zu einer Stabilisierung und Vernetzung der unabhängigen Unterstützungs- und Beratungsstrukturen beigetragen. Wir haben uns daher entschlossen, das Projekt über den ursprünglichen Projektzeitraum von 3 Jahren hinaus weiter fortzuführen. Das setzt aber voraus, dass andere Förderer, wie u.a. die GEW, bei der wir jetzt den Antrag auf finanzielle Unterstützung gestellt haben, gewonnen werden. Wichtig ist uns aber neben der finanziellen Unterstützung auch, dass das Projekt bekannt gemacht wird und wir so, wie das 2015/2016 der Fall war, mehr Menschen für die Unterstützung von Flüchtlingen gewinnen können.

hlz: Ja, zum Beispiel waren



Wichtig ist uns aber neben der finanziellen Unterstützung auch, dass das Beratungsstellenprojekt bekannt gemacht wird und wir so mehr Menschen für die Unterstützung von Flüchtlingen gewinnen können. (Franz Forsmann)



Die Förderung durch Pro Asyl und die UNO-Flüchtlingshilfe läuft aus – wie wär's mit finanzieller Unterstützung durch die GEW?!

unter den Unterstützer_innen damals viele Lehrerinnen und Pensionär_innen...

Franz:... und Ärzt_innen, Jurist_innen. Es wurde ja fast ein Aufnahmezentrum am Hamburger Hauptbahnhof gegründet, wo auch viele dabei waren, die sich zum ersten Mal in dieser Weise engagiert haben. Da gab es wirklich eine große Solidarität mit den Flüchtlingen und es herrschte das Gefühl, dass wir die Flüchtlinge willkommen heißen. Wir wollten sie hier haben, weil sie aus guten Gründen geflohen waren und wir wollten, dass sie hier eine Heimat finden. Es haben sich viele aktive Gruppen gegründet. Diese haben politische Arbeit geleistet, Deutschunterricht gegeben, Kaffeemittage veranstaltet und Cafés eröffnet. Das war wirklich ein richtiges Aufwachen von Menschenrechts- und Flüchtlingsaktivist_innen, die sich einfach gefunden haben. Dann haben wir aber erlebt, dass parallel zu der Öffnung der Grenzen und der Aufnahme der Flüchtlinge eine rasante Verschärfung der Asylgesetzgebung eingesetzt hat. Zuerst wurde 2015 das Asylpaket 1, kurz danach das Asylpaket 2 verabschiedet.

hlz: Das war also gleichzeitig?

Franz: Das war fast gleichzeitig. Es fing bereits 2014 an, ging 2015/2016 weiter und setzt sich bis heute fort. Wir haben mit diesen Gesetzen eine erhebliche Verschärfung der Situation für Geflüchtete erleben müssen. Das begann bei den Herkunftsländern, als u.a. die Nachfolgeländer von Ex-Jugoslawien zu sicheren Herkunftsländern erklärt wurden.

hlz: Ich weiß noch aus meiner Arbeit mit Roma-Familien, die plötzlich aus "sicheren Herkunftsländern" kommen sollten, wie wichtig es ist, Hilfe, also juristische Hilfe zu bekommen. In der Ausländerbehörde – wenn ich mit den Familien nach langem Warten in eines der Büros gehen konnte – wurden ganz schnell irgendwelche Fragen gestellt, deren Beantwortung dann "Fakten" schuf.

Franz: Ganz genau. Es ging plötzlich nicht mehr nur darum: Wo kommt jemand her? Was hat sie bzw. er gemacht, was erlebt? Immer mehr Flüchtlinge waren und sind von den Gesetzesverschärfungen betroffen, gerade

auch Menschen, die schon lange hier sind, die plötzlich abgeschoben werden sollen, wie die Roma aus Ex-Jugoslawien. Uns und vielen anderen Unterstützer_innen stellt sich bis heute die Frage: wie können wir damit umgehen? Bei Beratungen, bei politischen Aktionen und gerade auch bei Besuchen in Flüchtlingsunterkünften erleben wir, dass die Geflüchteten zu uns kommen und uns ihre Bescheide vorlegen. „Was machen wir denn dagegen?“ „Was können wir tun?“ Es bleibt manchmal nur eine Woche Zeit, um gegen einen Bescheid Widerspruch einzulegen oder Klage einzureichen. Die Klage hat aber bei Menschen aus „sicheren Herkunftsstaaten“ keine aufschiebende Wirkung, da die Anträge als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt werden.

hlz: Und dann war es ja auch so, dass Jurist_innen sich erst einmal einarbeiten mussten in die Fragen. Es gab wenige Büros, die darauf spezialisiert waren und die waren dann überlaufen.

Franz: Ja und neben den „sicheren Herkunftsländern“ gibt es ja diese unsägliche Dublin-Verordnung, wonach Geflüch-

tete, die in die EU einreisen, in den Staaten ihr Asylverfahren durchführen müssen, in die sie eingereist sind. Sie haben aber zum Beispiel, wenn sie nach Griechenland oder nach Italien kommen, überhaupt keine Perspektive. Die Behandlung in den Ländern und die Versorgung ist so schlecht, dass sie dort eigentlich gar nicht leben können und sie dann weiterreisen und u.a. nach Deutschland kommen. Aufgrund dieser Dublin-Verordnung wird dann das Asylverfahren hier als „unbeachtlich“ abgelehnt. Das bedeutet, wir „befassen“ uns erst gar nicht damit. Es sind ja laut Dublin-Verordnung andere Länder zuständig. In denen haben die Flüchtlinge, wie schon gesagt, aber oftmals keine Perspektive oder sind von Abschiebung bedroht, wie Menschen aus Afghanistan u.a. in Norwegen, Schweden oder Dänemark.

hlz: *Deswegen sind die Lampedusa Flüchtlinge hierher gekommen.*

Franz: Genau und sie stellen sich seit Jahren einer Rückführung nach Italien entgegen, was viele Menschen in Hamburg unterstützt haben. Auch als die Geflüchteten 2015 und 2016 zu uns gekommen sind, gab es, wie ich schon sagte, eine breite Unterstützung aus der Bevölkerung, aber viele Menschen, die versucht haben zu helfen, waren nicht zuletzt aufgrund der ständigen Verschärfung der Asylpolitik in rechtlichen Fragen oftmals überfordert. Wir haben darüber mit Rechtsanwält_innen gesprochen und die haben an uns herangetragen, dass wir da unbedingt aktiv werden müssen. Unterstützer_innen sollten genau wissen, worum es geht und wie in entsprechenden Situationen reagiert

werden muss.

hlz: *Daraus ist dann dieses Beratungsprojekt entstanden?*

Franz: Ja, wir sind zu der Überzeugung gelangt, dass Menschen, die Flüchtlinge unterstützen, mehr Beratung von gut ausgebildeten Rechtsanwält_innen und Fortbildungen benötigen. Die Idee ist 2015 geboren worden. Das war quasi der Ausgangspunkt für das Beratungsstellenprojekt. Direkt danach haben wir begonnen, Aktivist_innen aus dem Café Exil, der Antira-Horst-AG, dem Willkommensbündnis Harburg (später Harburg Solidarisch) und der Refugee Law Clinic Hamburg anzusprechen und über unsere Idee zu informieren.

hlz: *Zuerst waren diese Gruppen da und dann habt ihr die Rechtsanwält_innen dazu geholt?*

Franz: Ja, ganz genau. Wir haben gemeinsam beschlossen, dass bei den Beratungen im Café Exil und bei Harburg Solidarisch einmal wöchentlich ein_e Rechtsanwält_in anwesend sein soll und auch die Beratungen der Antira-Horst-AG im Lager Nostorf/Horst durch ein_e Rechtsanwält_in unterstützt werden sollen. Danach haben wir bei Rechtsanwält_innen, die über fundierte Erfahrungen im Asyl- und Migrationsbereich verfügen, angefragt, ob sie bei dem Projekt mitarbeiten wollen.

hlz: *Das Lager Nostorf/Horst befindet sich außerhalb von Hamburg.*

Franz: Ja, das ist die Wohnaußenstelle der Zentralen Erstaufnahme (ZEA) Hamburg in Mecklenburg-Vorpommern. Das heißt, Geflüchtete, solange sie in der ZEA wohnen müssen, können auch nach Nostorf/Horst geschickt werden und sind da ohne



Die Fortbildungsangebote des Flüchtlingsrates sollten regelmäßig von und in der GEW veröffentlicht werden. (Ursula Sapel)

jede Rechtsberatung.

Wir sind schon seit 2006 vor Ort, haben die Unterstützung aber Jahre lang ohne Rechtsanwält_innen durchgeführt. Nur in einigen speziellen Situationen waren Rechtsanwält_innen dabei, dann aber auf ehrenamtlicher Basis. Die Beratungsfahrt nach Nostorf/Horst nimmt aufgrund der weiten Entfernung einen halben Tag in Anspruch, was regelmäßig von Rechtsanwält_innen auf ehrenamtlicher Basis nicht geleistet werden kann. Nach der Genehmigung des Beratungsstellenprojektes haben wir die Beratungsinitiative 14-tägig eingerichtet und haben uns in der Folgezeit auch mit „Pro Bleiberecht“ in Mecklenburg-Vorpommern vernetzt.

hlz: *Neue Asylpakete wurden und werden von der Regierung seit 2015 in einem rasanten Tempo erlassen.*

Franz: Ja, es gab die Zeit, wo die Gruppen aufgrund der Verschärfungen in der Asylgesetzgebung und Behördenpraxis viele Mitglieder verloren haben, weil das Unvermögen, nicht antworten zu können, sich nicht auszukennen, immer größer geworden ist. Wir schaffen langsam, das wieder aufzufangen. Die Gruppen erhalten so eine gewisse Sicherheit und Leute trauen sich wieder, mit Geflüchteten zu arbeiten, auf ihre Fragen zu antworten. Aber es ist immer noch ein Prozess, der sehr schwierig ist.

hlz: *Welchen Nutzen können z.B. wir in der GEW von eurem Projekt haben?*

Franz: Wir bieten regelmäßige Fortbildungen zu den verschiedenen Themen an. Das geht von Basisschulungen zum Asylrecht über Schulungen zur Begleitung. Es geht u.a. um spezifische Frauenrechte, um „Dublin“, um Fluchtursachen in den

Herkunftsländern. Es geht um minderjährige Unbegleitete, um die Abschiebehaft. Es gibt die Fortbildung von Aktivist_innen oder auch Unterstützer_innen, ehrenamtlich arbeitenden Menschen. Das haben wir eigentlich in diesen drei Jahren regelmäßig gemacht, im Durchschnitt zwölf Fortbildungen im Jahr und vier Veranstaltungen.

hlz: *Ich denke, dass durch Ankündigungen in der HLZ, im GEW Newsletter und auf der GEW Homepage eure Fortbildungsangebote regelmäßig veröffentlicht werden sollten und ihr auch im Rahmen des GEW Bildungsprogramms für die Kolleg_innen extra Fortbildungen anbieten könntet.*

Franz: Ja. Und ich finde es wichtig, dass Lehrer_innen, die mit Geflüchteten arbeiten, auch Sozialarbeiter_innen, wenigstens grundlegende Kenntnisse im Asylrecht und der Behördenpraxis haben, dass sie wissen, wie sie reagieren müssen, wenn z.B. eine Abschiebung ansteht. Dass sie auch ihre Schüler_innen fragen müssen: Wie ist denn euer Stand? Was für einen Aufenthalt habt ihr? Wie sieht es bei euch aus?

Als Lehrer_in oder Sozialarbeiter_in muss ich wissen, unter welchen Umständen Geflüchtete leben müssen. Leben sie in einer Wohnung? Sind sie im Kreis von Bürger_innen integriert oder leben sie abgeschottet in irgendeinem Lager, wo sie zum Beispiel gar keine Möglichkeiten haben, Deutsch zu lernen und zu praktizieren? Müssen sie unter Umständen leben, wo es laut ist, wo Kinder nicht lernen können und unausgeschlafen in die Schule kommen usw.. Ich glaube, es ist einfach wichtig, dass sich Lehrer_innen und Sozialarbeiter_innen mit dem Thema „Aufenthalt von Geflüchteten“ beschäftigen. Unter welchen Bedingungen leben sie? Was steht an? Wer hel-



fen will, muss wissen, wie sie oder er zu reagieren hat, auch in der GEW und bei Ver.di. Es ist einfach nicht mehr umkehrbar, dass wir Einwanderungsland sind.

hlz: *Kannst du etwas sagen über die Menschen, die in den Projekten arbeiten?*

Franz: Also, wir haben ja jetzt drei Jahre lang diese Vorfinanzierung von der UNO Flüchtlingshilfe und von Pro Asyl erhalten. Wir haben beschlossen, da wir in diesem Projekt wirklich gut zusammenarbeiten, weiterzumachen: z.B. mit New Hamburg, die in Wilhelmsburg eng mit Romani Kafava zusammenarbeiten, mit der Refugee Law Clinic Hamburg, die junge Jurastudent_innen im Asylbereich ausbildet. Der Studiengang der Jurist_innen sieht eigentlich keine Ausbildung im Asylrecht vor.

hlz: *Echt?*

Franz: Das gibt es nicht in diesem Studiengang. Deswegen

haben sich an vielen Universitäten Refugee Law Clinic(en) gegründet. Hier gibt es ein wirkliches Interesse der Student_innen, weil das Ausländerrecht und das Flüchtlingsrecht immer wichtiger werden. Wenn der Gesetzgeber und das Bildungsministerium nicht reagieren, dann versuchen sie das auf andere Art und Weise. Sie haben dort eine richtige Ausbildung, haben Vorlesungen, Seminare und Supervisionen durch Anwäl_t_innen.

hlz: Das ist die Bucerius Law School und die Uni?

Franz: Das ist die Refugee Law Clinic an der Universität. Die Bucerius Law School macht etwas Ähnliches. Dort gibt es ein Projekt mit dem Namen we.inform, in dem Materialien zum Ausländer-Recht ausgearbeitet und in verschiedene Sprachen übersetzt werden. Die Student_innen, die bei we.inform engagiert sind, bieten auch Informationsveranstaltungen für die Geflüchteten in den dezentralen Unterkünften an. Es gibt also Tendenzen an den Universitäten, das Thema wirklich in die Hand zu nehmen. Unsere Vernetzung im Beratungsstellenprojekt bedeutet: Wir können mit Anwäl_t_innen vor Ort sein und ihr könnt bei den Beratungen in diesen Strukturen gleichzeitig lernen, wie Anwäl_t_innen beraten, wie sie das in der Praxis angehen.

hlz: Also, das heißt, euer Beratungsstellenprojekt steht und es ist wichtig, dass viele Leute davon Gebrauch machen, auch und gerade Referendar_innen oder für das Lehramt Studierende.

Franz: Es besteht die Möglichkeit, sich mit den Anwäl_t_innen, die im Beratungsstellen-Projekt arbeiten, zusammenzusetzen. Einige sind erst seit wenigen Jahren tätig, haben aber bereits einen beachtlichen Er-

fahrungshintergrund. Es wächst im Augenblick eine Generation von Anwäl_t_innen heran, die im Asylrecht aktiv werden und die eine ziemlich gute Vernetzung untereinander haben. Lange Zeit waren da wenige, die neu dazu gekommen sind, aber im Augenblick gibt es viele junge Menschen in diesem Bereich, die auch politisch aktiv sind.

hlz: Das sieht man ja auch an den Demos, zum Beispiel organisiert von „Seebrücke“ oder auch die Demo „United Against Racism“ letztes Jahr. Da gibt es viele junge Leute.

Franz: Diese Gruppen, mit denen wir zusammenarbeiten, bestehen zu einem großen Teil aus jungen Leuten. Sie finden sich in dieser praktischen Arbeit mit politischer Orientierung. Die jungen Leute gehen ins Café Exil, engagieren sich u.a. in der Antira-Horst – AG, bei Break Isolation Rahlstedt, der Refugee Law Clinic Hamburg oder auch bei NINA-Frauen in Aktion, einem Frauenprojekt, das sich in Wilhelmsburg gegründet hat. Das sind junge Leute, die gerne auch mit Lehramtsstudierenden und Lehrer_innen zusammenarbeiten würden. Wir können gerne auch Informationsveranstaltungen zu dem Beratungsstellen-

Projekt in der GEW anbieten. Ich sehe da vielfältige Möglichkeiten der Zusammenarbeit.

hlz: Jetzt, da die Anlauffinanzierung durch Pro Asyl und die UNO-Flüchtlingshilfe wegfällt, seid ihr zur weiteren Finanzierung an Verbände herangetreten. Denkt ihr noch an andere Möglichkeiten?

Franz: Ja, auf jeden Fall. Wir würden gerne Dauerspender_innen finden, die das Beratungsstellenprojekt des Flüchtlingsrates mit monatlichen Geldspenden unterstützen. 10 Euro pro Monat wären da völlig ausreichend. Das würde, wenn wir genug Spender_innen finden, das Projekt längerfristig absichern, woran uns sehr gelegen ist. Als gemeinnütziger Verein können wir am Ende jedes Jahres Spendenbescheinigungen ausstellen.

Unsere Bankverbindung lautet: Flüchtlingsrat Hamburg e.V., Stichwort: Beratungsstellenprojekt, Postbank Hamburg, IBAN: DE20 2001 0020 0029 3022 00, BIC: PBNKDEFF

hlz: Danke für das Gespräch.

Das Interview führte
URSULA SAPEL/
GEW Bleiberechtsausschuss

2016 wurde das Beratungsstellenprojekt des Hamburger Flüchtlingsrats e.V., in dem z.Zt. die Refugee Law Clinic Hamburg, we.inform, das Café Exil, die Antira-Horst-AG, Break Isolation Rahlstedt, das Kulturzentrum Bürgerhaus in Meiendorf, Romani Kavafa, New Hamburg, Nina – Frauen in Aktion und der Flüchtlingsrat Hamburg e.V. zusammenarbeiten, gegründet. In diesem Projekt leisten Jurist_innen zum einen direkte rechtliche Hilfe bei der Arbeit mit Flüchtlingen in den Unterstützungsstrukturen und unabhängigen Beratungsstellen. Zum anderen werden im Rahmen des Beratungsstellenprojektes auch öffentliche Fortbildungen und Informationsveranstaltungen angeboten, bei denen Jurist_innen und sonstige Fachkräfte als Referent_innen zum Einsatz kommen. Ziel des Beratungsstellenprojektes ist es, mit Hilfe der Unterstützung von Rechtsanwält_innen eine unabhängige Beratungsstruktur in Hamburg zu schaffen, die gut vernetzt ist und sich bei der Beratung und Unterstützung von Flüchtlingen auf die professionelle rechtliche Beratung von Jurist_innen stützen kann.